



**Haushaltsrede Oberbürgermeister Thomas Ebersberger  
zur Einbringung des Haushaltsentwurfes 2026 im  
Stadtrat Bayreuth am 28.01.2026**

es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Presse lesen wir bereits seit Wochen von den großen Herausforderungen, denen die Kommunen in Deutschland, auch in Bayern, aufgrund der allgemeinpolitischen Lage ausgesetzt sind.

Waren in den letzten Jahren Corona, Ukraine oder Integration die Mehrbelastungen, belasten nunmehr die Krankenhausfinanzierung, die Aufwendungen im sozialen, personellen oder sicherheitsrelevanten Bereich, sowie die Entwicklung der Stadtwerke kommunale Haushalte.

Daneben haben wir in Bayreuth nach wie vor immense Investitionsausgaben zu verkraften, bei denen von vorherein klar war, dass ein Großteil nur über Kreditaufnahme geschultert werden kann.

Die umfangreichen Investitionen in Zukunftsmaßnahmen mehren zwar einerseits das Vermögen der Stadt und werden letztendlich dazu beitragen, dass sich viele laufende Kosten in den nächsten Jahren reduzieren können, sie führen zu einer Verbesserung der Lebensqualität und Sicherheit, stellen Weichen für Bildung und neue Arbeitsplätze.

Aber die Verschuldung hat sich, wie erwartet, nunmehr auf rd. 78,5 Mio. erhöht und wird in den nächsten Jahren weiter deutlich ansteigen. Allerdings hat sich auch in diesem Jahr gezeigt, dass die Angaben der prognostizierten Schulden auf dem angenommenen planmäßigen Haushaltsvollzug beruhen und davon auszugehen ist, dass bei möglichen Planabweichungen planerisch ermittelte Kreditaufnahmen nicht in voller Höhe erforderlich werden. Die Richtung ist allerdings höchstproblematisch und verlangt zwingende Korrekturen zum einen bei der Krankenhausfinanzierung, zum anderen bei der Finanzausstattung der Kommunen und der Finanzierung der auf Kommunen überbürdeten staatlichen Aufgaben.

Auch die Mehrbelastung durch stark steigende Bezirksumlagen und gleichzeitig sinkende Schlüsselzuweisungen stellt Bayreuth vor Herausforderungen

Allerdings ist hier zu berücksichtigen, dass dies entscheidend darauf zurückzuführen ist, dass wir in Bayreuth unsere Hausaufgaben gemacht haben und die Steuereinnahmen ausgesprochen gut laufen.

**Bei über 20 % Zuwachs bei der Gewerbesteuer im Ertrag** auf nunmehr **107 Mio. €** und auch im Übrigen steigenden Steuereinnahmen hat die Stadt Bayreuth mittlerweile in der **Steuerkraft 2026 den 4. Platz unter den 25 kreisfreien Städten** Bayerns erreicht - nur Coburg, München und Regensburg können höhere Steuereinahmen pro Kopf verzeichnen als wir in Bayreuth.

Ein vor Jahren schier unmögliches Ergebnis!

2015 lagen wir bei der Steuerkraft mit 921,08 € je Einwohner auf Platz 13 – jetzt mit 1.735,50 € je Einwohner auf Platz 4 bayernweit!

Dies führt aber dazu, dass wir **perspektivisch weniger Schlüsselzuweisungen** erhalten, andererseits aus dem Sozialgedanken mehr einzahlen müssen. Bamberg mit 1.352, 56 € auf Platz 21 oder Hof mit 1.117,85 € auf Platz 24 erhalten eben ganz andere Ausgleichzahlungen als Bayreuth mit unseren 1.735, 50 € je Einwohner im Hinblick auf die jeweilige Steuerkraft 2026.

Dies prägt auch die Entwicklung der **Umlagekraft** bei dem Bezirk - bei **Bayreuth um 10,7 %** ansteigend und in Oberfranken insgesamt **nur um 1,3 %**.

Gleichwohl sind selbst wir bei dieser positiven Entwicklung nicht in der Lage, beim Entwurf bereits einen Haushalt mit schwarzen Zahlen vorzulegen, da hier viele Kostentreiber enthalten sind, auf die die Stadt keinen Einfluss hat, z. B: Steigerung der **Sozialkosten** von 26,2 auf 40,2 Mio. €, **Jugend** von 39 Mio. auf 57,2 Mio. €, **Personal** von 80 auf 99,9 Mio. € im Zeitraum von 2020 bis 2025. Fast 19 % Tarifsteigerung und zwingend weitere Personalstellen aufgrund des Aufwuchses von Anträgen und einiger zusätzlicher Schwerpunkte wie Umweltschutz, Sicherheit oder Rückholung vergebener Reinigungsarbeiten in städtische Verantwortung sind nicht die Kostentreiber.

Die Steuereinnahmen haben sich in den letzten Jahren grundsätzlich sehr positiv entwickelt. So stieg der **Gewerbesteuerertrag** von 2023 mit 80,5 Mio. €, in 2024 auf 88,1 Mio. und 2025 nunmehr auf 107,3 Mio. €.

Der **Grundsteuerertrag** hat sich trotz des riesigen Aufwandes, der mit der Einführung der neuen Grundlagen einherging, wie abgeschätzt, mit 12,3 Mio. € etwas unterhalb des Grundsteuerertrags von 12,44 Mio. € aus dem Vorjahr bewegt. Welch große Befürchtungen wurden unterstellt, dass sich die Stadt an den Grundsteuerzahlungen bereichern würde!

Der Gemeindeanteil der **Einkommenssteuer** hat sich mit 50,8 Mio. € im Jahr 2025 ebenfalls angemessen erhöht.

**Oberstes Ziel** des nunmehr vorgelegten Haushaltsentwurfes ist ein genehmigungsfähiger Haushalt, bei dem wir das umfängliche Leistungsbild der Stadt aufrechterhalten.

Dies gilt insbesondere für die freiwilligen Leistungen der Stadt, die in Form von Zuschüssen an Vereine und Verbände ausgereicht werden und die erneut bei ca. 5 Mio. € liegen.

Daneben werden weiter **erhebliche Investitionen** ermöglicht werden, die **2018** als Ist-Auszahlungen noch **26,9 Mio.** oder **2019 32,5 Mio.€** betragen und **seit 2023 jeweils mit über 70 Mio. €** verausgabt wurden und in 2026 mit rd. 137,0 Mio. € angesetzt werden.

Selbstverständlich wird auch im Jahr 2026 nicht der ausgewiesene Ansatz in voller Höhe in Anspruch genommen werden. Auch wenn im Hochbauamt der Prozentsatz der Investitionen weiter angestiegen ist, müssen im Investitionschaushalt ja alle potenziell gewünschten Investitionen abgebildet werden.

Diese Ansätze sind notwendig, um alle beschlossenen Maßnahmen dem Grunde nach auszuführen, denn bei Auftragerteilung müssen immer die vollen Beträge gedeckt sein (entweder durch direkten HH-Ansatz oder durch eine Verpflichtungsermächtigung für die Umsetzungsjahre), so dass bei verzögerter Auslieferung oder Rechnungslegung, dem Nichtzustandekommen von Verkaufsvorgängen oder ähnlichem am Jahresende ein Zurückbleiben der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit hinter den Haushaltsansätzen zu verzeichnen sein wird.

Auch **2026** werden **Bauprojekte den Schwerpunkt** der Investitionen bilden.

So steht nach der Fertigstellung und Inbetriebnahme des **Friedrichforums** die Restfinanzierung an, genauso wie bei dem **Stadtarchiv** mit der Renovierung der ehemaligen Leers'schen Villa und der Fertigstellung des 1. Bauabschnittes der **Staatlichen Berufsschule I** mit der Nutzung für den Schulbetrieb.

Daneben wird der Ausbau der **Kläranlage** mit dem ersten Ausbaupaket mit Sozialgebäude und Energiezentrale fortgeführt, die **Graserschule** soll ebenfalls unter der neuen Projektleitung den ersten Bauabschnitt bis zum Jahresende fertigstellen.

Gleichzeitig werden **private Investitionen** in den Standort weiter fließen. Dies betrifft insbesondere den Neubau der DRV-Rehaklinik für 240 stationäre und 60 teilstationäre Plätze mit der Sicherung von gut 300 Arbeitsplätzen, der Neubau des modernen Brauhouses im Gewerbegebiet Oberobsang, bei dem zum Jahresende bereits gebraut

werden soll, der Baubeginn von XXL-Lutz Möbelhaus, der Augustiner-Gaststätte am Marktplatz, des Fraunhofer Institut für angewandte Informationstechnik oder auch des weiteren Studentenwohnheimes an der Universitätsstraße.

Zwar wurden trotz der bedenklichen Situation auf dem Wohnungsmarkt **für 385 neue Wohneinheiten** Baugenehmigungen - und damit eine mehr als 2024 - erteilt, das Investitionsvolumen muss jedoch 2026 deutlich gesteigert werden.

Mit gutem Beispiel geht die **GEWOG** voran, die für 2026 Investitionen von 35,2 Mio. € plant, 20 Mio. € mehr als 2025.

Neue Wohnanlagen in der Unteren Rotmainaue, der Lenbach- oder Schwindstraße werden laufend fertiggestellt, daneben die Sanierungsmaßnahmen und Heizungsrenovierungen umgesetzt.

Wir setzen auf **weitere Wohnungsangebote**, z. B. in der Insel, die Umsetzung im Bereich Kulturquartier, Scheffelstraße, Postareal, Untere Herzoghöhe, Justus-Liebig-Straße, Schwindstraße sowie Walküre.

Ein weiterer Schwerpunkt ist im Bereich **Klimaschutz/Verkehrswende** gesetzt.

Die kommunale Wärmeplanung wird in Kürze abgeschlossen, das Mobilitätskonzept wie auch das Radverkehrskonzept werden mit einzelnen Maßnahmen umgesetzt, ebenso die LED-Umrüstung der Straßenbeleuchtung oder die Energieberatung für Vereine und Privateigentümer.

Im Bereich St. Georgen/Burg werden diverse Hitzeschutz-Strategiemaßnahmen umgesetzt, Verschattungselemente im Stadtgebiet installiert und der „Lebendige Süden“ weiter ausgebaut.

Auch bei **KiTa's und Schulen** wird 2026 massiv investiert.

Nachdem in den letzten Monaten die neue Gruppe in der KiTa Hammerstatt und der Bauwagen an dem Montessori-Kindergarten ihren Betrieb aufgenommen haben,

erfolgte nun der Spatenstich für 199 neue Plätze in St. Johannis, die KiTa der Arbeiterwohlfahrt steht in den Startlöchern, Altstadt-KiTa dürfte gesichert sein und Gespräche bezüglich der KiTa auf dem „Joseph-Gelände“ laufen. Nur schade, dass der Stadtrat mit wenigen Stimmen Mehrheit die Entwicklung bei dem Kindergarten in der Saas verzögerte.

Nachdem die Renovierung der Grundschule Meyernberg, der Albert-Schweitzer-Mittelschule und der Anbau der St. GeorgenSchule abgeschlossen und in den letzten 5 Jahren über **10 Mio. € in die Digitalisierung** der Schulen geflossen sind, konnten letztes Jahr kurzfristig **20 neue Klassenzimmer**, allerdings überwiegend als Containerlösungen, die Raumnot der Schulen lindern.

Für 2026 sollen nun der erste Bauabschnitt an der Berufsschule I sowie der erste Bauabschnitt der Graserschule endlich fertig werden. Mit der letztendlich wohl 70 Mio. € teuren Investition in das Richard-Wagner-Gymnasium soll auch diese Schule baulich im einundzwanzigsten Jahrhundert ankommen.

Einen Durchbruch erwarten wir bei der Anbindung Bayreuths über die **Bahn**. War die Franken-Sachsen-Magistrale Anfang des letzten Jahres scheinbar um Jahrzehnte verschoben, ist es uns im Schulterschluss mit allen Anrainerstädten und Landkreisen sowie vieler Abgeordneter gelungen, die Planungen wieder anzuschieben und die Sanierung der Pegnitzbrücken zumindest teilweise mit den Tunnelerweiterungen und der Elektrifizierung zu verknüpfen. Der zweigleisige Ausbau von Bayreuth Richtung Süden, die Bestellung von Hybridneigetechnik und die Zusage der „Akku-Züge“ werden die Mobilität in Oberfranken zumindest in den 30iger Jahren deutlich verbessern.

Eine zentrale Belastung dieses und der folgenden Haushalte droht sich im Bereich **Klinikum** zu verfestigen. Die Rücklagen des Klinikums sind verbraucht, große Investitionen stehen bevor, die Krankenhausfinanzierung des Bundes ist nach wie vor nicht kostendeckend.

Für die notwendige Gesundheitsinfrastruktur ist jedoch eine medizinische Versorgung der vierten Versorgungsstufe in Bayreuth zwingend notwendig. Eine Privatisierung muss mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verhindert werden. Demzufolge werden wir in den nächsten Jahren neben der Krankenhausapotheke um eine zumindest indirekte Finanzierung bzw. Absicherung von Investitionen nicht herumkommen. Hier gilt es, alle Zuschüsse von außerhalb zu erhalten, die MCO-Gebäude möglichst schnell an den Freistaat zu verkaufen und Druck auf die Gesetzgebung auszuüben, dass die Krankenhäuser wieder kostendeckend betrieben werden können.

Daneben werden wir in den nächsten Jahren dafür sorgen müssen, dass die **Pflegeschulen** des Klinikums in Zusammenarbeit mit den Schulen von BRK, Gebo oder BFZ stärker zusammengefasst und ausgebaut werden und Mitarbeiterwohnungen fürs Klinikum entstehen.

Bei den **Spielplätzen** im Stadtgebiet soll der Spielplatz an der Äußeren Badstraße mit etwa 600.000 € neu gestaltet werden. Es ist beabsichtigt, mehrere Spielplätze mit Sonnensegeln und Baumplanzungen besser zu verschatten und auch Sportgeräte aufzustellen, dass auch Erwachsene diese Erholungsstätten nutzen können.

Dank der Mitarbeiter der städtischen **Digitalisierungsstellen** bieten wir zwar 316 Online-Dienstleistungen an und belegen damit Platz 5 der kreisfreien Städte in Bayern, wie auch bundesweit. Gleichwohl ist die Digitalisierung 2026 in Zusammenarbeit mit den Online-Diensten anderer Städte weiter zu intensivieren. Verwaltungsabläufe müssen konsequent digitalisiert werden, um die Servicequalität der Stadtverwaltung weiter zu erhöhen und Arbeitsabläufe zu erleichtern.

Dank der Rücklagenbildung beim neuen Rettungszweckverband wird der **Erweiterungsbau der ILS** den Haushalt 2026 nicht besonders belasten. Anders als bei den Zweckverbänden Weiden mit 31 Mio. €, Ansbach mit 33 Mio. €, Bamberg mit 25 Mio. € und Nürnberg mit gar 73 Mio. €, konnten wir die Herausforderung mit einem Anbau mit Kosten von unter 5 Mio. € auf den Weg bringen, wobei diese Kosten bereits

in den letzten Jahren in den Rücklagen beim ZRF im Wesentlichen angesammelt werden konnten.

Ebenso wenig belastet wird die Stadt bei der Verlagerung des **Hubschrauberlandeplatzes** des Christoph 20 auf dem Verkehrsflugplatz am Bindlacher Berg. Es erfolgt eine massive Entlastung der Anwohnerinnen und Anwohner am Roten Hügel, Mehreinnahmen im sechsstelligen Bereich beim Verkehrsflugplatz und eine erhebliche Verbesserung durch den Bau eines nun möglichen „Doppel-Hangers“ mit Werkstatt.

Im Bereich **Kultur und Tourismus** wird in diesem Jahr der Schwerpunkt natürlich auf der 150-Jahr-Feier des Bayreuther Festspielhauses mit ganzjährigem Programm liegen, das uns mit ca. 200.000 € belasten wird. Allerdings sind diese Kosten im Wesentlichen anteilige notwendige Kosten der Stadt, die dazu führen, dass insgesamt gut 2 Mio. € Zuschüsse von außerhalb speziell anlässlich des Jubiläums nach Bayreuth fließen und zu einem großen Teil besondere Veranstaltungen im Bereich Friedrichsforum, der Stadtgesellschaft sowie vielen Vereinen und Verbänden zu Gute kommen.

Wie hoch dies bewertet wird, kann daraus entnommen werden, dass die New York Times Bayreuth als einen von 52 Sehnsuchtsorten weltweit für 2026 auserkoren hat und schreibt, „dass es wohl keine Tickets für die Festspiele mehr gibt, aber eine Reise nach Bayreuth würde sich immer noch lohnen“.

Wichtig wird es weiter sein, Bayreuth Baroque zu unterstützen, wie auch die weiteren Bayreuther Kultureinrichtungen – wie Studiobühne, Bayreuther Kulturstadt, Neuneinhalf und die vielen weiteren Kulturschaffenden.

Die Ausgaben für die Jubiläumsfeiern für die Städtepartnerschaft **Bayreuth/Annecy** werden ebenso wie weitere Aufwendungen für die Eröffnung des **Israelitischen Kulturzentrums** aus Laufenden Mitteln mitgetragen.

Die Belastung für den Haushalt für „**Verstummte Stimmen**“ am Festspielhaus soll durch private Spenden entlastet werden.

Im Bereich **Sportpark** wird die Notmaßnahme an der Sporthalle fortgeführt, Planungen für die Sportstätten mit Verantwortlichen der Vereine und Gesellschaften, ähnlich wie mit der Leitung des WWG weitergeführt.

Bezüglich der **Stadtverwaltung** wird die Fortentwicklung der Wilhelm-Pitz-Straße, der Umzug von Mitarbeitern aus dem Gelände des Rathauses II umgesetzt und Planungen für die Brandschutzausbau des Rathauses I aufgenommen.

Bei der Schlossgalerie schreitet die Vermietung voran, wobei im Erdgeschoßbereich die Nutzung für städtische Veranstaltungen vorgesehen wird.

Sehr geehrte Damen und Herren,

trotz unserer verhältnismäßig guten Einnahmesituation gelingt es aber aufgrund der großen Belastung wie in anderen kreisfreien Städten nicht, einen zumindest ausgeglichenen Finanzhaushalt vorzustellen.

In der Planung des Haushaltsjahres 2026 weisen wir im Saldo der laufenden **Verwaltungstätigkeit ein Defizit von rd. 8,74 Mio. €** aus (Bamberg – 15 Mio. €; Hof – 22 Mio. €).

Da wir in den Jahren seit 2020 in der Finanzrechnung im Ergebnis des Saldos der laufenden Verwaltungstätigkeit um durchschnittlich 31,9 Mio. € jährlich besser abschneiden konnten als für das jeweilige Haushaltsjahr am Jahresanfang angesetzt war, gehe ich davon aus, dass wir letztendlich auch 2026 mit einem mehr als ausgeglichenen Finanzhaushalt abschließen können.

Aufgrund der Unwägbarkeiten bei den Steuereinnahmen, der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und der ungebrochenen Ansicht vieler Bürger, dass soziale Leistung immer weiter ausgebaut werden könnten, auch wenn keine entsprechenden

Leistungssteigerungen erzielt werden, sind wir gezwungen, die Ausgaben immer wieder auf den Prüfstand zu stellen und lediglich nur die Investitionen zu tätigen, die wirtschaftlich zwingend sind, da sie für die Entwicklung für die Stadt notwendig sind und sich langfristig refinanzieren lassen.

Auf der anderen Seite werden selbstverständlich auch nicht alle zum Haushalt angemeldeten Investitionen sofort ausgegeben werden - allerdings betrifft dies meist nur das laufende Jahr und es führt meist zu einer Verschiebung in spätere Jahre. Auch hier muss mit **wirtschaftlichem Gesamtblick eine Risikoabschätzung** für die weitere Verschuldung vorgenommen werden. Aber auch wenn die prognostizierte Verschuldung in den nächsten Jahren nur halb so hoch wäre, wird eine Finanzierung der notwendigen Investitionen ohne massive Einschnitte nur dann möglich sein, wenn weiter massive Einschnitte in der Bundes- und Landespolitik erzielt werden, die den Kommunen mehr Spielräume geben.

Wir haben in den letzten Jahren immer im Blick gehabt, nur beschlossene Maßnahmen weiterzuführen, Pflichtaufgaben kostengünstig abzuarbeiten und die Investitionen zu tätigen, die sich wirtschaftlich amortisieren lassen.

Wir haben uns jedoch immer den Pflichtaufgaben zu stellen wie Bildung, Kindertagesbetreuung, Gesundheitsfürsorge, Sicherheitsanforderungen oder eine ordnungsgemäße Verwaltung.

Wir schlagen vor, die Investitionen durchzuführen, da eine Verzögerung von Baumaßnahmen in der Regel nur höhere Aufwendungen zur Folge hat. Allerdings müssen **bauliche Standards** weiter überprüft werden, ob nicht mehr Modulbauweisen oder Fertigbauelemente mit eingesetzt werden können, um Kosten umweltgerecht zu reduzieren.

Verbesserungen in Erhöhung der Lebensqualität, wie „Bayreuths Lebendiger Süden“, Ruhezonen, Bücherschränke, Ausstattung von Spielplätzen, kulturelle Highlights etc. müssen weiter größtenteils durch **Drittmittern** gedeckt werden.

Ich danke hier insbesondere der Sparkasse, der Raiffeisenbank, den Erblassern und Stiftern, die die Stadt häufig unterstützen.

Zwingend wird aber bleiben, dass Klinikum, die Stadtwerke oder die GEWOG in der Lage sind, ihre **eigenen** erheblichen **Investitionen** zu großen Teilen **selbst** zu finanzieren, ohne direkte Zahlungen seitens der Stadt. Ergänzend ist die Stadt im Bereich Bürgschaften gefordert.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Baumaßnahmen, die keine Pflichtaufgaben darstellen, werden, auch wenn sie noch so wünschenswert sind, kurzfristig nur dann aufgenommen werden können, wenn wir sie zumindest im Wesentlichen drittfinanzieren können.

Dies gilt nach wie vor für Maßnahmen wie Kreisel an der Universitätsstraße, Erlanger-/Bismarckstraße, große Freizeitsporteinrichtungen, Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes oder andere Investitionen, die zwar schön und wichtig, aber nicht zwingend notwendig sind. Denn bereits jetzt geben wir **für Investitionen gut das Doppelte aus als in der vorherigen Legislaturperiode**.

Gleichwohl sollten wir Projekte, die bei Sondermaßnahmen hoch gefördert werden könnten, mit **Schubladenplanungen** soweit vorbereiten, dass wir sofort die Anträge stellen könnten, wenn Fördermaßnahmen aufgerufen werden, dies gilt insbesondere für Schoko und Sportstätten.

Ebenso müssen wir dafür sorgen, **weitere Neubau- wie auch Gewerbegebiete** in Bayreuth umweltverträglich zu entwickeln. Nur so können wir die Arbeits- und Lebensqualität von Bayreuth durch qualifiziertes Wachstum sichern.

Nur dann werden wir einen Zuzug gerade von qualifizierten Arbeitskräften ermöglichen, den Zuwachs an Steuereinnahmen erzielen, den wir weiter benötigen, um unsere Pflichtaufgaben, erst recht unsere Wünsche erfüllen zu können.

Ohne zusätzliche Einnahmen bei einzudämmenden Ausgaben durch Effektivitätssteigerungen, bzw. durch umfassende Digitalisierung oder Rationalisierung, wird es uns, wie allen anderen Kommunen, sonst nicht mehr möglich sein, die Pflichtaufgaben langfristig abarbeiten zu können.

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem vorliegenden Entwurf vollziehen wir die Beschlüsse des Stadtrates und sichern so weiter **die hohe Lebensqualität** der Stadt Bayreuth.

Wir tragen der schwierigen überregionalen Lage Rechnung und setzen auf Zukunft.

Nach wie vor sind wir auf allen Gebieten **besser** aufgestellt, als die meisten Mitbewerber.

Wir weisen ein gutes Leistungsspektrum auf und konnten die freiwilligen Leistungen absichern.

Mit Sachverstand und Optimismus werden wir uns weiter den Herausforderungen stellen und sie lösen.

Ich möchte mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, insbesondere bei Herrn Kollegen Rubenbauer und seinem Team, hier besonders bei Herrn Popp und Frau Marsmann für die beispielgebende Mitarbeit bei der Erstellung des Haushaltes **bedanken**. Immer wieder mussten Änderungen kurzfristig eingearbeitet und Unterlagen angefordert werden. Nur unter größten Anstrengungen ist es erneut gelungen, einen Entwurf vorzulegen, der zwar mit einem negativen Ergebnis plant, der aber deutlich besser aufgestellt ist, als die Vorlagen unserer Nachbarstädte.

Auch wenn mit einer **massiven Steigerung der Verschuldung** gerechnet werden muss, gehen wir davon aus, dass der Haushaltsentwurf genehmigt wird.

Die Haushaltsberatungen des Stadtrates finden am

**Donnerstag, den 12. Februar 2026**  
**– ganztägig – in öffentlicher Sitzung**

statt.

Die Verabschiedung des Haushaltes 2026 ist für die Stadtratssitzung am

**Mittwoch, den 25. Februar 2026**

vorgesehen.

Herr Rubenbauer, ich bitte sie nunmehr die weiteren Details des Haushaltsentwurfes vorzustellen.